

Informationsdienst der Plattform EduCare

Von: Informationsdienst der Plattform EduCare [informationsdienst@plattform-educare.org]
Gesendet: Dienstag, 01. Februar 2011 19:33
An: franz.voves@stmk.gv.at; hermann.schuetzenhoefer@stmk.gv.at; siegfried.schrittwieser@stmk.gv.at; elisabeth.grossmann@stmk.gv.at; bettina.vollath@stmk.gv.at; manfred.wegscheider@stmk.gv.at; ltk-spoel@stmk.gv.at; ltk-oevp@stmk.gv.at; ltk-fpoe@stmk.gv.at; ltk-gruene@stmk.gv.at; ltk.kpoe@stmk.gv.at; veronika.weinbergmair@wko.at; martina.macher@akooe.at; ingrid.vogl@vbbs.at
Cc: redaktion@kleinezeitung.at; steirer@kronenzeitung.at; redaktion.graz@derstandard.at; klaus.hoefler@diepresse.com; steiermark@kurier.at; m.link@oe24.at; martin.behr@aon.at; andreas.kolb@wirtschaftsblatt.at; cvd@orf.at; info@antenne.at; martin.cvetko@kronehit.at; steiermark-heute@orf.at; maria.monschein@phst.at
Betreff: Bildung für alle - Informationen zur aktuellen Situation der Bildung in Österreich

Plattform EduCare
elementare und außerschulische Bildung
Informationsdienst
<http://www.Plattform-EduCare.org>
informationsdienst@Plattform-EduCare.org

BILDUNG FÜR ALLE!

In dieser Ausgabe des Informationsdienstes finden Sie nachfolgende Themen:

[GELD FÜR BILDUNG: SPITZENSTEUER RAUF](#)

[Für Reform in einem Paket](#)

[Gespräche mit der ÖVP ab Herbst](#)

[FÜRNRATH-MORETTI: NICHT QUOTEN SCHAFFEN, SONDERN KOMPETENZEN STÄRKEN!](#)

[SPÖ PRETTNER: FLEXIBLE ARBEITSZEITEN BRAUCHEN FLEXIBLE KINDERBETREUUNGSEINRICHTUNGEN](#)

[ARBEITERKAMMER, INDUSTRIELLENVEREINIGUNG UND JKU PRÄSENTIEREN FORDERUNGEN ZUM THEMA "FRÜHKINDLICHE BILDUNG"](#)

[Über 172 KindergartenpädagogInnen, Eltern, Alleinerziehende und Besorgte nehmen persönlich Stellung zu den dringenden Fragen der Elementarpädagogik: schließen auch Sie sich mit an!](#)

[STEIERMARK: FÄLLT GRATISKINDERGARTEN? POLITIK LÄSST ELTERN IM STICH](#)

[Freien Zugang zur Bildung wieder abschaffen? Protestieren!](#)

[BILDUNGSVOLKSBEGEHREN: ÖSTERREICH DARF NICHT SITZEN BLEIBEN!](#)

[Die Kampagne zum Volksbegehren](#)

[Schwere Hausaufgabe](#)

[Politik von innen: Krach ums Bildungsvolksbegehren](#)

[Bildungsvolksbegehren: "Halb konkrete Geschichte"](#)

[Neues Volksblatt: "Begehren" \(von Michael Kaltenberger\)](#)

[Familienverband begrüßt Bildungsvolksbegehren und VP-Programm](#)

[Die Plattform EduCare fordert seit Jahren grundlegende Reformen im Bildungsbereich ein - die Initiative von Vizekanzler a. D. Dkfm. Dr. Hannes Androsch und seines prominenten ProponentInnen-Teams, ein Volksbegehren einzuleiten, wird daher von der Plattform EduCare nachdrücklich begrüßt und unterstützt.](#)

[In der Vorbereitungsgruppe zum Bildungsvolksbegehren sind für die Elementarpädagogik vertreten:](#)

[IMPRESSUM UND HINWEISE](#)

Geld für Bildung: Spitzensteuer rauf

01.02.2011 | 18:37 | KARL ETTINGER (Die Presse)

Steuerreform. SPÖ-Arbeitsgruppe tagt, Kräuter will den „Mittelstand“ entlasten.

Wien. In der SPÖ setzt dieser Tage die schon vor eineinhalb Jahren eingesetzte parteiinterne Arbeitsgruppe zur Steuerreform ihre Tätigkeit fort. Zielsetzung bleibe eine Steuerreform 2013 mit mehr „Verteilungsgerechtigkeit“ und einem Gesamtvolumen in der Größenordnung von drei Milliarden Euro, betont SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter.

Teil der Beratungen der Arbeitsgruppe, der neben Kräuter auch Finanzstaatssekretär Andreas Schieder und Experten angehören, sind auch Pläne zur Vermögensbesteuerung. Ins Auge gefasst werden dabei Vermögen von mehr als einer Million Euro.

Der SPÖ-Bundesgeschäftsführer bringt in diesem Zusammenhang im Gespräch mit der „Presse“ auch einen schon früher geäußerten Vorschlag neu aufs Tapet. Demnach soll der Spitzensteuersatz von 50 Prozent für Jahreseinkommen von mehr als 300.000 Euro brutto um fünf Prozentpunkte angehoben werden. Das würde nach seinen Angaben 150 Millionen Euro an zusätzlichen Einnahmen bringen. Dieses Geld könnte konkret für zusätzliche Ausgaben für Bildung, die dringend mehr Mittel braucht, verwendet werden, schlägt Kräuter vor: „Das wäre eine zukunftsweisende Überlegung.“

Im Gegenzug müsse es dann bei der nächsten „sozial gerechten“ Steuerreform zu einer „Entlastung des Mittelstandes“ kommen, verlangt der SPÖ-Bundesgeschäftsführer. Was dies im Konkreten bedeute? Das betreffe Einkommen in der Größenordnung von 2000 bis 4000 Euro brutto im Monat, präzisiert er.

Das Geld für die Entlastung und etwaige Zusatzausgaben für die Bildung soll neben der Vermögenssteuer aus Kürzungen bei Subventionen und Doppelförderungen im Wirtschaftsbereich sowie aus der Einführung der seit Langem umstrittenen Wertschöpfungsabgabe, der einstigen „Maschinensteuer“, kommen. Für diese Abgabe wird

statt wie bisher der Lohnsumme grundsätzlich die Wertschöpfung eines Unternehmens als Berechnungsbasis herangezogen.

Für Reform in einem Paket

Weitere Details will Kräuter dazu vorerst nicht nennen: Man müsse klären, welche Effekte im Arbeitsplatzbereich aus einer Wertschöpfungsabgabe resultieren. Das müsse „ausgereift entwickelt“ werden: „Ich bin da schon ein Verfechter, dass man diese Zielsetzung sehr entschlossen verfolgt.“

Vonseiten der Gewerkschaft wurde Anfang Jänner bereits die Forderung laut, man solle doch Teile der Steuerreform wie zum Beispiel die Vermögenssteuer oder die Einführung der Wertschöpfungsabgabe bereits auf das Jahr 2012 vorziehen. Der SPÖ-Bundesgeschäftsführer ist allerdings gegen eine Teilung der Steuerreform: Diese solle „schon insgesamt in einem Paket“ umgesetzt werden.

Gespräche mit der ÖVP ab Herbst

Denn, so Kräuter weiter: „Es ist sicher nicht im Sinne der SPÖ, eine ständige Steuerdebatte zu führen.“ Daher werde die Arbeitsgruppe in Ruhe intern bis zum heurigen Herbst die „Konturen“ für die künftigen SPÖ-Steuerpläne ausarbeiten. „Dann müssen die Verhandlungen mit dem Koalitionspartner beginnen“, erklärt er zum weiteren Zeitplan.

Keinen Einfluss auf die Steuerreformdebatte haben für Kräuter die jüngsten von Finanzminister Josef Pröll (ÖVP) vorgelegten Budgetzahlen, wonach das maastrichtrelevante Defizit im Vorjahr um 2,5 Milliarden geringer als veranschlagt ausgefallen ist. Das sei „erfreulich“, ändere aber nichts an der verteilungspolitischen Zielsetzung der SPÖ für 2013.

http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/630338/Geld-fuer-Bildung_Spitzensteuer-rauf?_vl_backlink=/home/politik/innenpolitik/index.do

Fürntrath-Moretti: Nicht Quoten schaffen, sondern Kompetenzen stärken!

Utl.: Wirtschaftskammer tritt für zielgerichtete Frauenförderung ein, um den Weg in Führungspositionen zu ebnen - Rahmenbedingungen für Frauen verbessern =

Wien (OTS/PWK066) - "Was die Situation von Frauen in Führungspositionen anbelangt, darf nicht als einzige Antwort die Quotenkeule geschwungen werden. Nicht Quoten schaffen sondern Kompetenzen stärken, muss das Motto sein", betonte Adelheid

Fürntrath-Moretti, Bundesvorsitzende von Frau in der Wirtschaft, in Reaktion auf die Ambitionen von BM Heinisch-Hosek, eine Frauenquote in den Aufsichtsräten festzulegen.

"Es ist wünschenswert, mehr Frauen in Aufsichtsratspositionen zu bekommen", so Fürntrath-Moretti. Unternehmen sollen jedoch frei entscheiden können, wen sie einstellen und zwar nach der Qualifikation und nicht nach dem Geschlecht. Deshalb sei die Gesetzeskeule keine Lösung. Wichtig sei, die Aufstiegschancen der Frauen in den Unternehmen zu verbessern. Denn nur wenn es gelinge, Frauen zielgerichtet von ihrem Einstieg ins Berufsleben zu fördern und sie auf ihrem Weg nach oben zu begleiten, schaffe man einen nachhaltigen Paradigmenwechsel.

Um Frauen den Weg in den Aufsichtsrat zu erleichtern, hat Frau in der Wirtschaft gemeinsam mit dem BMWFJ und der IV das Programm "Zukunft-Frauen" ins Leben gerufen. Das Vermitteln von Know-how für künftige Aufsichtsrätinnen und eine Datenbank mit Kandidatinnen sorgen dafür, dass weibliches Wirtschafts-Know-how für die wichtigen Aufsichtsmandate gesichert ist. "Wichtig ist, den Frauen durch solche Initiativen den Rücken zu stärken und ihr Selbstvertrauen zu wecken", so Fürntrath-Moretti.

Ebenso sei eine Verbesserung der Rahmenbedingungen das Gebot der Stunde: "Dass die Betreuungspflichten für heimische Frauen nach wie vor einen wesentlichen Hemmschuh in Hinblick auf ihre Berufstätigkeit darstellen, ist ein Fakt", so Fürntrath-Moretti. Während noch nie so viele österreichische Frauen berufstätig und noch nie zuvor so viele Unternehmerinnen am Markt tätig waren, bleiben die Betreuungspflichten (Kinderbetreuung oder die Pflege Angehöriger) an Frauen hängen. **Deshalb fordert die Bundesvorsitzende von Frau in der Wirtschaft eine "rasche und deutliche Forcierung" des Ausbaus von Kinderbetreuungsplätzen.** "Es ist besser, nicht täglich über Quoten zu reden, sondern zu handeln und endlich Rahmenbedingungen umzusetzen. Denn das ist es, was die Frauen - nicht nur in den Führungsetagen in diesem Land - brauchen", so Fürntrath-Moretti. (AC)

Rückfragehinweis:

Wirtschaftskammer Österreich
Frau in der Wirtschaft
Mag. Veronika Weinbergmair
T 05 90 900 3042
E-Mail: veronika.weinbergmair@wko.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/240/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

SPÖ Prettner: Flexible Arbeitszeiten brauchen flexible Kinderbetreuungseinrichtungen

Utl.: Kinderbetreuungsplätze flexibel gestalten - Kapazitäten aufstocken =

Klagenfurt (OTS) - Die stetig steigende Anzahl an Frauen, die in Teilzeitbeschäftigungen tätig sind und flexible Arbeitszeiten in Kauf nehmen müssen, stelle mittlerweile auch das Angebot der Tagesmütter vor zunehmende Probleme, stellt SPÖ Frauenreferentin Beate Prettner fest. "Wenn der Bedarf steigt, das Angebot jedoch nicht nachzieht, ist die Politik gefordert entsprechende Adaptierungen vorzunehmen", so Prettner an die Adresse von FPK Kindergartenreferent LH Dörfler und FPK Soziallandesrat Ragger.

Die Notwendigkeit für zusätzliche Angebote an Kinderbetreuungsplätzen, die sich auch an den flexiblen Arbeitszeiten der Eltern mit entsprechenden Öffnungszeiten orientieren, sei eine Aufgabe, die es nun zu lösen gelte, so Prettner. "Nicht nur Kindergärten mit flexiblen Öffnungszeiten müssen die Norm werden, auch die Kapazitäten sollten aufgestockt werden", regt Prettner an. Im 21. Jahrhundert dürfe die Wahl der Kinderbetreuung nicht davon abhängig gemacht werden, was an Angebot noch zur Verfügung steht, sondern müsse sich allein an den tatsächlichen Bedürfnissen der Eltern und ihrer Kinder orientieren, so die Frauenlandesrätin.

Zudem gelte es auch, frauen- und familienfreundliche Arbeitsplätze in den Regionen zu schaffen, um Frauen die Vereinbarkeit von Eigenständigkeit und Familie zu erleichtern, so Prettner. "Wir wissen, dass uns im Jahr 2020 18.000 Erwerbstätige am Arbeitsmarkt fehlen werden. Wenn wir jetzt mit entsprechenden frauenpolitischen Maßnahmen gegensteuern, wäre es möglich, dieses Defizit einzugrenzen", meint Prettner, die sich gerne dazu bereit erklärt in konstruktiver Zusammenarbeit einen arbeitsmarktpolitischen Schwerpunkt für Frauen zu erarbeiten.

Rückfragehinweis:
SPÖ Kärnten
Klagenfurt

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/192/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Arbeiterkammer, Industriellenvereinigung und JKU präsentieren Forderungen zum Thema "Frühkindliche Bildung"

Linz (OTS) - Arbeiterkammer, Industriellenvereinigung und Johannes Kepler Universität Linz haben sich letztes Jahr zu einer Initiative zusammengeschlossen mit dem Ziel, das Schulsystem in Österreich und vor allem Oberösterreich zu verbessern. Heute präsentierten die Projektpartner die Ergebnisse einer IHS-Studie zum oberösterreichischen Bildungswesen sowie konkrete Vorschläge und Forderungen zum Thema "Frühkindliche Bildung".

Seit der Vorstellung des Projekts im September 2010 hat sich viel getan. Dr. Lorenz Lassnigg vom Institut für Höhere Studien hat in seiner Studie gezeigt: Oberösterreich ist stark bei der Berufsausbildung, aber schwach bei Früherziehung und höherer Bildung. Eine Tabelle mit wichtigen Benchmarks gibt es auf www.arbeiterkammer.com zum kostenlosen Download.

Die IHS-Studie ist mit wissenschaftlichen Expertinnen und Experten aus ganz Österreich diskutiert worden. In einer zweiten Runde haben namhafte Vertreter/-innen aus Wirtschaft, Gesellschaft und Schulwesen eine Stärken-Schwächen-Analyse des oberösterreichischen Bildungswesens erarbeitet.

Sowohl der wissenschaftliche Beirat als auch das Proponentenkomitee mit Menschen aus der Praxis haben festgestellt: Unser Schulsystem muss dringend verbessert werden. "Die Welt, insbesondere die industrielle Welt von gestern, ist nicht mehr jene von heute und morgen. Die Industrie hat sich stark gewandelt und benötigt nun für die Bewältigung ihrer Herausforderungen ein Bildungssystem, das sich den neuen Gegebenheiten anpasst", bekräftigt IV OÖ-Präsident DI Klaus Pöttinger.

Und weil Bildung nicht erst in der Schule beginnt, haben die Projektpartner zunächst die frühkindliche Bildung ausgewählt, um konkrete Ziele zu erarbeiten. Einigkeit herrscht darüber, dass die frühe Förderung ein ganz wesentliches Element für das Gelingen von Bildung darstellt. "Hier wird aber auch der Grundstein für echte Chancengleichheit gelegt", betont AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer. Keinesfalls solle der Kindergarten "verschult" werden: "Die Kinder sollen auch in Zukunft spielen und Geborgenheit erleben. Aber sie sollen auch professionell in ihrer Entwicklung unterstützt werden."

Uni-Rektor Prof. Dr. Richard Hagelauer ergänzt: "Frühkindliche Förderung legt den Grundstein für die weiteren Bildungswege, ihr muss künftig noch mehr Augenmerk geschenkt werden." Dabei gehe es nicht darum, Kinder schon im Vorschulalter unter Leistungsdruck zu setzen, sondern das Interesse und die Neugierde am Wissen und Lernen zu wecken.

Die wichtigsten Ziele der Projektpartner:

- Das EU-Ziel "Betreuungsplätze für mindestens ein Drittel der

Unter-Dreijährigen" soll bis spätestens 2015 erreicht werden.

- Erweiterte Öffnungszeiten im Kindergarten haben nicht nur einen positiven Einfluss auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern bringen vor allem auch mehr Zeit für Frühförderung. Ziel ist daher die Ausweitung der Kindergartenplätze, die den sogenannten VIF-Kriterien entsprechen (mindestens 45 Stunden wöchentliche Öffnungszeit, an vier Tagen pro Woche mindestens 9,5 Stunden geöffnet, Angebot Mittagessen, maximal fünf Wochen im Jahr geschlossen) in jährlichen 10-Prozent-Schritten auf 45 Prozent im Jahr 2015.

- Bis 2015 soll die Gruppengröße auf 20 Kinder mit einem Betreuungsschlüssel von 1:10 gesenkt werden, bis 2020 sollen pro Gruppe mit 20 Kindern zwei ausgebildete Pädagogen/-innen arbeiten.

- Bei Gruppen, die einen hohen Anteil von Kindern mit einer anderen Erstsprache als Deutsch haben, ist eine zweite, speziell geschulte Fachkraft sofort vorzusehen.

- Die Ausbildung der Pädagogen/-innen soll ausgeweitet und auf Hochschulniveau gehoben werden.

Ein Foto von der heutigen Pressekonferenz finden Sie ab ca. 13 Uhr auf www.arbeiterkammer.com zum Herunterladen.

Rückfragehinweis:

Arbeiterkammer Oberösterreich, Kommunikation

Martina Macher

Tel.: (0732) 6906-2190

<mailto:martina.macher@akoee.at>

<http://www.arbeiterkammer.com>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/21/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Über 172 KindergartenpädagogInnen, Eltern, Alleinerziehende und Besorgte nehmen persönlich Stellung zu den dringenden Fragen der Elementarpädagogik: schließen auch Sie sich mit an!

Eine große Anzahl von an der Elementarpädagogik – und damit an der Zukunft unseres Landes - interessierten Menschen aus ganz Österreich hat in den vergangenen Tagen ihre Sorge über die Zukunft der Kindergärten und anderen Einrichtungen bekundet. So weit sie der Plattform EduCare bekannt sind, finden sie die bisherigen [Schreiben von Mitgliedern und MultiplikatorInnen](#) auf der Homepage der Plattform EduCare. Nunmehr gibt es auch schon einige [Stellungnahmen von PolitikerInnen](#).

Die Ministerinnen **Karl** und **Schmied** sind beispielhaft in Sachen Qualität der Aus-, Fort- und Weiterbildung aller Pädagoginnen und Pädagogen unterwegs. Sie geben uns zumindest das Gefühl, in den [Stakeholderkonferenzen](#) ernst genommen zu werden.

Bundesministerin **Schmied** hat über ihre zuständige Abteilung kurz geantwortet, Bundesministerin **Karl** bisher leider noch nicht.

Die Klubobleute der Parlamentsparteien **GRÜNE** und **FPÖ** lassen offensichtlich über ihre Bereichssprecher Respekt am Wahlvolk erkennen. Beide Parteien mit offenen Worten zur bisherigen Politik und mit Aussagen, die auf zukünftige parlamentarische Initiativen hoffen lassen.

Die Frau Parlamentspräsidentin, die Klubobleute von SPÖ, ÖVP und BZÖ negieren unsere Sorgen bislang überhaupt.

Aus Wien erhalten wir von der **SPÖ - Herrn Stadtrat Oxonitsch** - Antwort und Verständnis. Die bisherigen Antwort-Schreiben finden Sie [hier](#).

Viele sind - zurecht - zutiefst verärgert!

Wir möchten Ihnen einerseits herzlich für Ihr Engagement für das Elementarbildungswesen in Österreich, für die Zukunft unseres Landes danken – und Sie andererseits **dringend ersuchen**, in ihrem KollegInnen-, Bekannten- und Freundeskreis sowie bei den Eltern weitere Briefe anzulegen:

["Wir brauchen ein Bundesrahmengesetz für die elementarpädagogischen Einrichtungen"](#)

- unter diesem Link finden Sie Adressen und Textvorschlag für die E-Mail.

Steiermark: Fällt Gratiskindergarten? Politik lässt Eltern im Stich

Die Anmeldung für das neue Kindergartenjahr beginnt mit 28. Februar. Weder Eltern und Kindergärtner wissen, ob Kindergarten gratis bleibt.

Viele Kindergärtnerinnen fühlen sich im Stich gelassen. Sie wissen noch immer nicht, was sie den Eltern sagen sollen, wenn am 28. Februar die Einschreibeweche für das neue Kindergartenjahr beginnt: Gibt es weiterhin den Gratiskindergarten, wird das Gratisangebot völlig gestrichen oder wird allein der Halbtagskindergarten gratis?

Erklärungsnotstand gegenüber den Eltern hat derzeit etwa die Grazer Kindergartenbetreiberin Brigitte Kocher. "Ich habe keine Ahnung, was kommt. Wenn die Förderung fällt, zahlt dann die Stadt? Das erinnert mich an das Chaos von 2008, als wir auch erst im Juli über die Zeitung erfahren haben, dass es jetzt gratis ist." Das Bittere daran sei, so Kocher, "es geht nicht um die Familien, sondern um Parteipolitik, die damals Wahlgeschenke machte, die sie jetzt wieder zurückholt".

Auch Susanne Schenk, Leiterin eines städtischen Kindergartens in Graz, wird mit Fragen von Eltern eingedeckt, ob "der Kindergarten bald wieder etwas kostet". "Die Politik agiert verantwortungslos, wenn sie den Eltern nicht sagen kann, was Sache ist. Es geht immerhin um die Zukunft der Kinder", sagt die Grazer Mutter Martina Sorger, sie hat zwei Kinder im Kindergartenalter.

Und die Politik? In den Städten und Gemeinden harrt man der Entscheidungen der Landespolitik. Die zuständige SP-Landesrätin Elisabeth Grossman lässt ausrichten, man sei mitten in den Verhandlungen, in denen "alle Leistungen durchleuchtet" würden. Grossmann: "Es wäre unseriös, den Budgetverhandlungen vorzugreifen, ich müsste damit die Eltern belügen. Das will ich nicht."

Das Budget wird erst im April fixiert. Bis dahin heißt es für Eltern und Kindergarteneinrichtungen warten.

Hinter den Kulissen zeichnen sich Sparvarianten ab. Tenor: Komplett abdrehen wäre "politisch nicht sinnvoll". Das sei bereits mit Franz Voves und Hermann Schützenhöfer akkordiert. Daher soll eine soziale Staffelung oder ein Gratis-Halbtageskindergarten kommen. Dafür plädiert auch die Grazer ÖVP-Familiensprecherin Sissi Potzinger. Für den Nachmittag schlägt sie Angebote je nach Bedarf vor.
<http://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/graz/2663789/faellt-gratiskindergarten-politik-laesst-eltern-stich.story>

Freien Zugang zur Bildung wieder abschaffen? Protestieren!

Durch den Gratiskindergarten schafft die Steiermark größtmögliche Chancengleichheit im Zugang zu elementarer Bildung für alle steirischen Kinder", freut sich Frau Landesrätin Mag.a Grossmann.

Und nun soll diese Chancengleichheit für Mädchen und Buben aus allen Bevölkerungsschichten wieder vergeben werden?!

Kinder und Eltern, Kindergärten und Tageseltern sind betroffen! - Protestieren Sie: eine Muster-E-Mail finden Sie unter <http://www.plattform-educare.org/Informationsdienstaussendungen/Musterbrief%20gegen%20die%20Abschaffung%20der%20kostenlosen%20vorschulischen%20Kinderbildung%20in%20der%20Steiermark.pdf>

BILDUNGSVOLKSBEGEHREN: Österreich darf nicht sitzen bleiben!

Die Kampagne zum Volksbegehren

"Österreich darf nicht sitzen bleiben". So lautet das Motto der Kampagne zum Volksbegehren Bildungsinitiative, die alle Österreicherinnen und Österreicher dazu aufruft, mit ihrer Unterschrift ein Zeichen zu setzen. Der im Rahmen der heutigen Pressekonferenz vorgestellte Kommunikationsauftritt stammt aus der Feder der Wiener Agentur Demner, Merlicek & Bergmann.

→ <http://www.vbbi.at/newsroom/allg-newsdetails/article/die-kampagne-zum-volksbegehren/>

Schwere Hausaufgabe

Kurier

Ruft er nach einer gemeinsamen Schule, obwohl er damit die Industriellenvereinigung als Unterstützer verliert? Es könnte auf eine österreichische Lösung ...

Politik von innen: Krach ums Bildungsvolksbegehren

Kurier

Warum die ÖVP Druck macht, ist klar: Das Bildungsvolksbegehren könnte ein großer Erfolg werden, weil die Bürger wegen Reform-Stillstands und schlechter ...

Bildungsvolksbegehren: "Halb konkrete Geschichte"

DiePresse.com

Der fertige Text des von Ex-Vizekanzler Hannes Androsch initiierte Bildungsvolksbegehren soll am Donnerstag öffentlich präsentiert werden. ...

Neues Volksblatt: "Begehren" (von Michael Kaltenberger)

APA OTS (Pressemitteilung)

Daher stößt auch das vom früheren SPÖ-Vizekanzler und heutigen Industriellen Hannes Androsch initiierte Bildungsvolksbegehren auf breite Zustimmung. Noch. ...

Familienverband begrüßt Bildungsvolksbegehren und VP-Programm

Kathweb

... und ehemaligen SP-Vizekanzler Hannes Androsch angekündigte Bildungsvolksbegehren ebenso begrüßt wie das jetzt präsentierte neue ÖVP-Bildungskonzept. ...

Die Plattform EduCare fordert seit Jahren grundlegende Reformen im Bildungsbereich ein - die Initiative von Vizekanzler a. D. Dkfm. Dr. Hannes Androsch und seines prominenten ProponentInnen-Teams, ein Volksbegehren einzuleiten, wird daher von der Plattform EduCare nachdrücklich begrüßt und unterstützt.

„Jetzt wäre Zeit, Österreich zu ändern. Der offensichtliche Mangel an Umsetzungswillen zwischen den Betroffenen - Bund, Ländem, Gemeinden - lässt begrüßenswerte Ansätze an verschiedenen ‚Fronten‘ scheitern. Die Spitzen der Politik scheinen – trotz gegenteiliger Äußerungen - rat- oder mutlos zu sein, statt sich gemeinsam bereit zu erklären, ohne Scheuklappen und vorgeblich ideologischen Barrieren eine Reform einzuläuten, die von der Elementarpädagogik bis zur Universität die Bildung auf komplett neue, tragfähige Säulen stellt“!

In der Vorbereitungsgruppe zum Bildungsvolksbegehren sind für die Elementarpädagogik vertreten:

Keller Raphaela (raphaela.keller@Plattform-EduCare.org); ÖDKH / Plattform EduCare
Prammer Heidi (Heidi.Prammer@Plattform-EduCare.org); BKHW / Plattform EduCare
Täuber Tanja Mag.a (tanja.taeuber@plattform-educare.org); BÖE / Plattform EduCare
Heidmarie Lex-Nalis (heide.lex-nalis@plattform-educare.org); Plattform EduCare
Zielina Brigitte Dr.in (brigitte.zielina@Plattform-EduCare.org); Plattform EduCare
Rammer Gernot (gernot.rammer@Plattform-EduCare.org); Kinderfreunde / Plattform EduCare

Raphaela Keller ist zudem ins Redaktionsteam des geplanten Volksbegehrens entsandt.

IMPRESSUM UND HINWEISE

Plattform EduCare**Postadresse:**

Krausegasse 7a/10
1110 Wien
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265

Faxnummer: +43 (1) 7485469

E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Diese Mitteilung(en) hat (haben) ausschließlich Informationscharakter.

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information.

Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ←